

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 30. April 1973

45. Stück

- 197.** Bundesgesetz: Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste
- 198.** Verordnung: Festsetzung der Reisezulagen für Dienstverrichtungen im Ausland
- 199.** Verordnung: Verlängerung der Wochendienstzeit der Beamten des rechtskundigen Dienstes bei den Bundespolizeibehörden und des Dienstzweiges höherer Dienst in Justizanstalten
- 200.** Verordnung: Neuerliche Änderung der Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung
- 201.** Auszug aus dem Ratsprotokoll EFTA/CJC.SR 11/73 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation und des Gemeinsamen Rates
- 202.** Briefwechsel über die Streichung des Anhangs zum Briefwechsel betreffend die Einzelheiten des Preisgarantieabkommens für Exporte von österreichischem Wein in die Europäischen Gemeinschaften

197. Bundesgesetz vom 20. März 1973, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste, BGBl. Nr. 102/1961, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 349/1970 wird geändert wie folgt:

1. Vor § 6 hat die Überschrift zu lauten:

„A. Allgemeines“

2. § 6 hat zu lauten:

„§ 6. (1) Die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege und in der Kinderkranken- und Säuglingspflege dauert vier Jahre.

(2) Das erste Ausbildungsjahr dient der Vertiefung der Allgemeinbildung und der Vorbereitung auf die Ausbildung im Krankenpflegefachdienst und ist gemäß den einschlägigen schulrechtlichen Vorschriften am Sitz einer Krankenanstalt zu führen.

(3) Das zweite, dritte und vierte Ausbildungsjahr dient der theoretischen und praktischen Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege und in der Kinderkranken- und Säuglingspflege.“

3. § 7 hat zu lauten:

„§ 7. (1) Im zweiten, dritten und vierten Ausbildungsjahr darf die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege nur an allgemeinen Krankenpflegeschulen, die Ausbildung in der Kinderkranken- und Säuglingspflege nur an Kinderkrankenpflegeschulen erfolgen.

(2) Krankenpflegeschulen dürfen nur an Krankenanstalten errichtet werden, welche die zur praktischen Unterweisung notwendigen Fachabteilungen besitzen, mit den für die Erreichung des Ausbildungszweckes erforderlichen Lehr- und Hilfskräften sowie Lehrmitteln ausgestattet sind und entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten für die auszubildenden Personen aufweisen.

(3) Jede Krankenpflegeschule muß unter der Leitung eines Arztes stehen, der die hierfür erforderliche fachliche Eignung besitzt. Zur Betreuung der Krankenpflegeschüler(innen) hat diesem Arzt eine erfahrene diplomierte Krankenpflegeperson als Schuloberin (Internatsleiter) zur Seite zu stehen.

(4) Die Krankenpflegeschulen sind so zu führen, daß die Erreichung des Ausbildungszieles gewährleistet ist.

(5) Die Errichtung und Führung einer Krankenpflegeschule bedarf der Bewilligung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz. Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn die Krankenpflegeschule den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes entspricht; sie ist zurückzunehmen, wenn die Voraussetzungen für eine dem Gesetz entsprechende Krankenpflegeausbildung nicht mehr gegeben sind.“

4. § 8 Abs. 3 erster Satz hat zu lauten:

„(3) In eine Krankenpflegeschule sind nach Maßgabe der verfügbaren Plätze jene Bewerber(innen) aufzunehmen, welche die im § 9 Abs. 1 in Zusammenhalt mit Abs. 8 angeführten Voraussetzungen erfüllen oder denen gemäß den Bestimmungen des § 9 Abs. 2 und 7 eine Nachsicht hievon erteilt worden ist.“

5. § 9 Abs. 1 hat zu lauten:

„§ 9. (1) Personen, die sich um die Aufnahme in eine Krankenpflegeschule bewerben, haben nachzuweisen:

- a) den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft,
- b) ein Lebensalter nicht über 35 Jahre,
- c) die zur Erfüllung der Berufspflichten nötigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten,
- d) die Unbescholtenheit,
- e) den erfolgreichen Besuch des ersten Ausbildungsjahres (§ 6 Abs. 2) nach erfolgreicher Absolvierung der allgemeinen Schulpflicht.“

6. § 9 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Zur Beurteilung der in Abs. 1 lit. c und d angeführten Aufnahmeerfordernisse sind ein amtsärztliches Zeugnis, in dem insbesondere das Freisein von aktiver Tuberkulose und von Keimen sonstiger anzeigepflichtiger Krankheiten festzuhalten ist, und eine Strafregisterbescheinigung vorzulegen. Zum Zeitpunkt der Einbringung des Aufnahmeansuchens darf das amtsärztliche Zeugnis nicht älter als vier Wochen, die Strafregisterbescheinigung nicht älter als drei Monate sein.“

7. Dem § 9 ist nachstehender Abs. 8 anzufügen:

„(8) Der Nachweis gemäß Abs. 1 lit. e entfällt für Personen, die nach erfolgreicher Absolvierung der allgemeinen Schulpflicht

- a) mindestens eine Klasse einer allgemeinbildenden höheren Schule, einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule oder einer Bildungsanstalt für Arbeitslehrerinnen, für Kindergärtnerinnen oder für Erzieher erfolgreich besucht haben oder
- b) nach Vollendung des 16. Lebensjahres vor der Aufnahmekommission ein solches Maß an Allgemeinbildung nachweisen, das erwarten läßt, daß sie dem theoretischen und praktischen Unterricht im Krankenpflegefachdienst zu folgen vermögen.“

8. Vor § 10 hat die Überschrift zu lauten:

„B. Dauer und Art der Ausbildung in Krankenpflegeschulen“

9. Im § 10 Abs. 1 tritt an Stelle der ersten beiden Sätze folgende Bestimmung:

„§ 10. (1) Die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege und in der Kinderkranken- und Säuglingspflege im zweiten, dritten und vierten Ausbildungsjahr umfaßt insbesondere die nachstehend angeführten Sachgebiete:“

10. Im § 12 a Abs. 1 ist der Klammerausdruck „(§ 6)“ durch „(§ 7)“ zu ersetzen.

11. § 12 a Abs. 3 erster Satz hat zu lauten:

„(3) Personen, die als Stationsgehilfen gemäß § 49 Abs. 1 letzter Satz anerkannt worden sind, eine Ausbildung zum Sanitätsunteroffizier im Bundesheer mit Erfolg abgeschlossen und die im dritten Ausbildungsjahr abzuhaltenden Prüfungen (§ 15 a) mit Erfolg abgelegt haben, können die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege nach Abs. 1 ohne Nachweis der unter lit. c angeführten Voraussetzung absolvieren.“

12. § 13 hat zu lauten:

„§ 13. Die näheren Bestimmungen über die fachliche Eignung der zur Ausbildung erforderlichen Lehr- und Hilfskräfte, über den Lehrplan und den Betrieb von Krankenpflegeschulen sind nach Maßgabe einer geordneten und zweckmäßigen Ausbildung für den Krankenpflegeberuf vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Unterricht und Kunst durch Verordnung zu erlassen. Hiebei sind insbesondere auch die Unterkunfts- und Ausbildungsbedingungen festzulegen und ist sicherzustellen, daß Schüler(innen) zu einer praktischen Unterweisung am Krankenbett und im Operationssaal erst mit Erreichung des Alters von 17 Jahren und zur praktischen Einführung in das Gebiet der Röntgen- und Isotopenkunde erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres herangezogen werden. Die Ausbildungszeit ist so zu begrenzen, daß sie die jeweils gesetzlich festgelegte Normalarbeitszeit nicht überschreitet.“

13. § 14 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Am Ende des zweiten und dritten Ausbildungsjahres sind jeweils Einzelprüfungen von den Lehrkräften des betreffenden Unterrichtsfaches abzuhalten. Am Ende des vierten Ausbildungsjahres ist nach Abschluß der Gesamtausbildung eine kommissionelle Prüfung (Di-

plomprüfung) abzunehmen. Darüber hinaus haben sich die Lehrer während der gesamten Ausbildungszeit vom Ausbildungserfolg der Krankenpflegeschüler(innen) zu überzeugen.“

14. § 14 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Eine nichtbestandene Prüfung darf höchstens zweimal wiederholt werden; Wiederholungsprüfungen sind als kommissionelle Prüfungen abzunehmen.“

15. § 15 Abs. 1 hat zu lauten:

„§ 15. (1) Über erfolgreich abgelegte Prüfungen erhalten Krankenpflegeschüler(innen) nur bei Verlassen der Schule ein Prüfungszeugnis. Das auf Grund der Prüfungen im zweiten und dritten Ausbildungsjahr festgestellte Ausbildungsergebnis ist jedoch entsprechend zu vermerken und den Krankenpflegeschülern(-schülerinnen) schriftlich mitzuteilen.“

16. § 15 a hat zu lauten:

„§ 15 a. Außer den Krankenpflegeschülern (-schülerinnen) sind auch Personen zu den im dritten Ausbildungsjahr abzuhaltenden Einzelprüfungen zuzulassen, die eine Ausbildung zum Sanitätsunteroffizier im Bundesheer mit Erfolg abgeschlossen haben.“

17. § 16 hat zu lauten:

„§ 16. Nähere Vorschriften über die Durchführung der Prüfungen, ferner über die Zusammensetzung der Prüfungskommission, die Abstimmung, die Wertung der Prüfungsergebnisse und über die Voraussetzungen, unter denen Prüfungen wiederholt werden können, schließlich über die Form und den Inhalt der Diplome oder sonstiger über die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege und Kinderkranken- und Säuglingspflege auszustellender Zeugnisse sind nach Maßgabe der Erfordernisse des Krankenpflegeberufes vom Bundesminister für Gesundheit und Unweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Unterrichts- und Kunst durch Verordnung zu erlassen.“

18. § 17 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Hinsichtlich der Anerkennung von Krankenanstalten als Ausbildungsstätten für die psychiatrische Krankenpflege gemäß Abs. 1 gelten die Bestimmungen des § 7 Abs. 3 bis 5 sinngemäß.“

19. § 18 Abs. 1 hat zu lauten:

„§ 18. (1) In der psychiatrischen Krankenpflege dürfen nur Personen ausgebildet werden,

die den Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 lit. a, c und d unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 9 Abs. 3, 5 und 7 entsprechen und die allgemeine Schulpflicht erfolgreich absolviert haben. Das Lebensalter darf nicht unter 18 und nicht über 35 Jahre betragen, jedoch können Überschreitungen der Altersgrenze nachgesehen werden, wenn nicht die Ausbildung betreffende Rücksichten entgegenstehen.“

20. Im II. Teil hat das 5. Hauptstück zu entfallen.

21. § 25 lit. f hat zu lauten:

„f) den logopädisch-phoniatriisch-audiometrischen Dienst.“

22. § 26 Abs. 6 hat zu lauten:

„(6) Der logopädisch-phoniatriisch-audiometrische Dienst (§ 25 lit. f) umfaßt die Behandlung von Sprach- und Stimmstörungen sowie die Durchführung audiometrischer Untersuchungen nach ärztlicher Anordnung.“

23. § 28 hat zu lauten:

„§ 28. Hinsichtlich der Bewilligung der medizinisch-technischen Schulen sind die Bestimmungen des § 7 Abs. 3 bis 5 sinngemäß anzuwenden.“

24. § 29 Z. 1 erster Halbsatz hat zu lauten:

„1. Neben den im § 9 Abs. 1 lit. a bis d angeführten Erfordernissen sind nachzuweisen:“

25. § 29 Z. 2 letzter Satz hat zu lauten:

„Ohne Reifezeugnis können auch Absolventinnen einer Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in eine Schule für den logopädisch-phoniatriisch-audiometrischen Dienst aufgenommen werden.“

26. Vor § 35 hat die Überschrift zu lauten:

„Logopädisch - phoniatriisch - audiometrischer Dienst“

27. § 35 erster Satz hat zu lauten:

„§ 35. Die Ausbildung für den logopädisch-phoniatriisch-audiometrischen Dienst dauert zwei Jahre.“

28. § 35 lit. f hat zu lauten:

„f) Audiometrie;“

29. Dem § 35 ist als lit. g anzufügen:

„g) Grundzüge des Sanitäts-, Arbeits- und Sozialversicherungsrechtes.“

30. § 36 letzter Satz hat zu lauten:

„Die Ausbildungszeit ist so zu begrenzen, daß sie die jeweils gesetzlich festgelegte Normalarbeitszeit nicht überschreitet.“

31. § 39 hat zu lauten:

„§ 39. Hinsichtlich der Bewilligung der Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst sind die Bestimmungen des § 7 Abs. 3 bis 5 sinngemäß anzuwenden.“

32. § 40 hat zu lauten:

„§ 40. Hinsichtlich der Aufnahme in Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst und der Voraussetzungen hierfür gelten die Bestimmungen der §§ 8 und 9 Abs. 1 lit. a bis d sowie Abs. 2 bis 7 sinngemäß; ferner ist ein Lebensalter nicht unter 17 Jahre und die erfolgreiche Absolvierung der allgemeinen Schulpflicht nachzuweisen.“

33. § 41 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die näheren Bestimmungen über die fachliche Eignung der zur Ausbildung erforderlichen Lehr- und Hilfskräfte, über den Lehrplan und den Betrieb von Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst sind nach Maßgabe einer geordneten und zweckmäßigen Ausbildung für den medizinisch-technischen Fachdienst vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Unterricht und Kunst durch Verordnung zu erlassen. Hierbei sind insbesondere auch die Ausbildungsbedingungen festzulegen und ist sicherzustellen, daß die praktische Unterweisung auf dem Gebiet der Röntgenkunde nicht vor Vollendung des 18. Lebensjahres des Schülers (der Schülerin) stattfindet. Die Ausbildungszeit ist so zu begrenzen, daß sie die jeweils festgelegte Normalarbeitszeit nicht überschreitet.“

34. § 45 Abs. 5 erster Satz hat zu lauten:

„(5) Auf die Abhaltung der Kurse nach Abs. 2 finden die Bestimmungen des § 7 Abs. 4 und 5 sinngemäß Anwendung.“

35. § 45 Abs. 6 hat zu lauten:

„(6) In den Sanitätshilfsdiensten dürfen nur Personen ausgebildet werden, die den Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 lit. a, c und d unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 9 Abs. 3, 5 und 7 entsprechen. Das Lebensalter darf nicht unter 17 Jahre betragen. Blinde sind von der Ausbildung zum Heilbademeister und

Heilmasseur (§ 44 lit. h) nicht ausgeschlossen, sofern sie sonst körperlich und gesundheitlich geeignet sind; sie können aber nur die Berechtigung zur Ausübung der Heilmassage erlangen.“

36. § 52 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Ein über den erfolgreichen Abschluß des zweiten Ausbildungsjahres in der allgemeinen Krankenpflege oder in der Kinderkranken- und Säuglingspflege oder des ersten Ausbildungsjahres in der psychiatrischen Krankenpflege ausgestelltes Zeugnis berechtigt zur berufsmäßigen Ausübung der im § 44 lit. a, b, f und g genannten Tätigkeiten ohne Ablegung der in den §§ 45 bis 50 vorgesehenen kursmäßigen Ausbildung.“

37. § 52 Abs. 4 erster Satz hat zu lauten:

„(4) Freiberuflich dürfen nur der Krankenpflegefachdienst (§ 5), der physiotherapeutische Dienst (§ 26 Abs. 1), der Diätendienst (§ 26 Abs. 4) und der logopädisch-phoniatriisch-audiometrische Dienst (§ 26 Abs. 6) ausgeübt werden.“

38. § 52 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Im Zusammenhang mit der freiberuflichen Ausübung des Krankenpflegefachdienstes, des physiotherapeutischen Dienstes, des Diätendienstes sowie des logopädisch-phoniatriisch-audiometrischen Dienstes ist jede Art der Werbung und Anpreisung verboten.“

Artikel II

1. Personen, die ihre Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege oder in der Kinderkranken- und Säuglingspflege nach den bisher geltenden Bestimmungen begonnen haben, können diese Ausbildung innerhalb von fünf Jahren nach Wirksamwerden dieses Bundesgesetzes nach den bisherigen Ausbildungsbestimmungen beenden.

2. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes laufende Jahrgänge von Krankenpflegevorschulen sind nach den bisherigen Bestimmungen zu Ende zu führen.

3. Personen, die mindestens einen Jahrgang einer Krankenpflegevorschule nach den bisherigen Bestimmungen beendet haben, dürfen in das zweite Ausbildungsjahr nach Maßgabe der Bestimmungen des § 9 Abs. 1 lit. a bis d und Abs. 2 bis 7 aufgenommen werden.

4. Personen, die vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes ein Diplom über die Ausbildung im logopädisch-phoniatriischen Dienst erworben haben, ist auf ihren Antrag von der zuständigen

Bezirksverwaltungsbehörde folgender Vermerk auf dem Diplom anzubringen: „Berechtigt zur Ausübung des logopädisch-phoniatisch-audiometrischen Dienstes (§ 26 Abs. 6 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 102/1961 i. d. F. BGBl. Nr. 197/1973).“

Artikel III

1. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich

- a) des Artikels I Z. 2, soweit es sich um die Führung des ersten Ausbildungsjahres gemäß den einschlägigen schulrechtlichen Vorschriften handelt, der Bundesminister für Unterricht und Kunst,
- b) des Artikels I Z. 12, 17, 30 und 33 der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Unterricht und Kunst,

c) des Artikels I Z. 11 der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Landesverteidigung und

d) der übrigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz

betraut.

2. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. September 1973 in Kraft. Die Durchführungsverordnungen können bereits von dem seiner Kundmachung nachfolgenden Tag an erlassen werden; sie treten frühestens zugleich mit diesem Bundesgesetz in Kraft.

Jonas

Kreisky Leodolter Sinowatz Lütgendorf

198. Verordnung der Bundesregierung vom 26. April 1973 über die Festsetzung der Reisezulagen für Dienstverrichtungen im Ausland

Auf Grund des § 25 c Abs. 1 der Reisegebührevorschrift 1955 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 192/1971 wird verordnet:

§ 1. Die Reisezulagen für Dienstverrichtungen im Ausland werden wie folgt festgesetzt:

Land	Währung	Gebührenstufe												
		1		2		3		4		5				
		Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr			
I. Europa														
Albanien	österr. Schilling	111.—	109.—	132.—	131.—	159.—	158.—	180.—	180.—	207.—	207.—	207.—	207.—	207.—
Belgien														
a) Brüssel	belg. Francs	342.—	227.—	408.—	272.—	492.—	329.—	561.—	375.—	645.—	645.—	431.—	431.—	431.—
b) übriges Belgien	belg. Francs	273.—	182.—	327.—	218.—	396.—	263.—	450.—	300.—	519.—	519.—	345.—	345.—	345.—
Bulgarien	österr. Schilling	120.—	91.—	144.—	109.—	171.—	132.—	195.—	150.—	225.—	225.—	173.—	173.—	173.—
Cypern	US-Dollar	6·90	6·50	8·70	7·70	10·20	8·80	11·40	10·70	13·20	13·20	12·20	12·20	12·20
Dänemark	dän. Kronen	39·60	39·40	47·40	47·30	57·30	57·10	65·10	65.—	75.—	75.—	74·80	74·80	74·80
Bundesrepublik Deutschland (BRD)														
einschließlich Westberlin	D-Mark	25·20	20.—	30.—	24.—	36.—	29.—	41·10	33.—	48.—	48.—	38.—	38.—	38.—
Grenzorte und Zollauschlußgebiete	D-Mark	15.—	12.—	18.—	14·40	21·60	17·40	24·60	19·80	28·80	28·80	22·80	22·80	22·80
Deutsche Demokratische Republik														
(DDR) einschließlich Ostberlin	US-Dollar	8·10	8·10	9·60	9·30	11·70	11·40	12·60	12·30	13·50	13·50	13·50	13·50	13·50
Finnland	US-Dollar	10·80	10·80	12·90	12·90	15·30	15·30	17·70	17·70	20·10	20·10	20·10	20·10	20·10
Frankreich														
a) Paris und Straßburg	N-Francs	37·20	30·30	44·40	36·40	53·70	44.—	61·20	50.—	70·50	70·50	57·60	57·60	57·60
b) übriges Frankreich	N-Francs	30·30	21·20	36·60	25·40	44·10	30·70	50·10	35.—	57·60	57·60	40·30	40·30	40·30
Griechenland	US-Dollar	6·90	6·50	8·70	7·70	10·20	8·80	11·40	10·70	13·20	13·20	12·20	12·20	12·20
Großbritannien und Nordirland	engl. Pfund	2·70	2·80	3·60	3·40	4·20	4·10	4·80	4·70	5·70	5·70	5·40	5·40	5·40
Irland	engl. Pfund	2·70	2·80	3·60	3·40	4·20	4·10	4·80	4·70	5·70	5·70	5·40	5·40	5·40
Island	US-Dollar	7·80	9·60	10·50	11·50	11·40	13·80	13·20	15·80	15.—	15.—	18·10	18·10	18·10
Italien	Lire	3660.—	2910.—	4320.—	3490.—	5400.—	4220.—	6000.—	4800.—	6900.—	6900.—	5530.—	5530.—	5530.—
Grenzorte	Lire	2370.—	1890.—	2820.—	2270.—	3510.—	2740.—	3900.—	3120.—	4500.—	4500.—	3590.—	3590.—	3590.—
Jugoslawien	österr. Schilling	111.—	109.—	132.—	131.—	159.—	158.—	180.—	180.—	207.—	207.—	207.—	207.—	207.—
Grenzorte	österr. Schilling	87.—	87.—	105.—	105.—	126.—	126.—	144.—	144.—	168.—	168.—	168.—	168.—	168.—
Liechtenstein	schweiz. Franken	19·20	15·80	23·10	18·90	27·30	24·20	31·50	26·10	36·30	36·30	30.—	30.—	30.—
Luxemburg	belg. Francs	273.—	182.—	327.—	218.—	396.—	263.—	450.—	300.—	519.—	519.—	345.—	345.—	345.—
Niederlande	holl. Gulden	22·50	22·40	27.—	27.—	32·40	32·40	37·20	37.—	42·60	42·60	42·60	42·60	42·60
Norwegen	norweg. Kronen	60.—	43·60	72.—	52·30	87.—	63·20	99.—	72.—	114·30	114·30	82·80	82·80	82·80
Polen	österr. Schilling	153.—	170.—	183.—	204.—	219.—	247.—	280.—	280.—	288.—	288.—	323.—	323.—	323.—
Portugal	US-Dollar	8·70	7.—	10·50	8·40	12·60	10·10	14·40	11·50	16·20	16·20	13.—	13.—	13.—
Rumänien	österr. Schilling	129.—	121.—	153.—	145.—	186.—	176.—	210.—	200.—	243.—	243.—	230.—	230.—	230.—

Land	Währung	Gebührenstufe									
		1		2		3		4		5	
		Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr
Schweden	schwed. Kronen	36.—	31.50	44.10	37.80	53.10	45.70	60.—	52.—	69.—	59.80
Schweiz	schweiz. Franken	27.30	22.50	33.—	27.—	39.—	34.60	45.—	37.20	52.20	42.80
Grenzorte	schweiz. Franken	19.20	15.80	23.10	18.90	27.30	24.20	31.50	26.10	36.30	30.—
Sowjetunion	österr. Schilling	228.—	228.—	270.—	270.—	330.—	330.—	372.—	372.—	426.—	426.—
Spanien	US-Dollar	6.90	6.90	8.40	8.30	9.90	9.90	11.10	11.20	12.90	12.90
Tschechoslowakei	österr. Schilling	132.—	133.—	159.—	160.—	192.—	193.—	219.—	220.—	252.—	253.—
Grenzorte	österr. Schilling	105.—	106.—	126.—	128.—	153.—	154.—	174.—	176.—	201.—	202.—
Türkei	US-Dollar	9.30	6.20	10.80	7.30	13.20	8.80	15.—	9.80	16.80	11.10
Ungarn	österr. Schilling	117.—	160.—	150.—	192.—	168.—	232.—	192.—	264.—	222.—	304.—
Grenzorte	österr. Schilling	87.—	120.—	111.—	144.—	126.—	174.—	144.—	198.—	168.—	228.—
II. Afrika											
Algerien	US-Dollar	12.90	9.60	15.60	11.60	18.60	14.—	21.—	15.70	24.—	18.20
Angola (portug. Westafrika)	US-Dollar	6.60	6.70	7.80	8.—	9.60	9.60	10.80	10.90	12.60	12.50
Vereinigte Arabische Republik	US-Dollar	5.10	7.40	6.—	8.80	7.20	10.80	8.40	12.20	9.30	14.10
Äthiopien	US-Dollar	5.10	7.40	6.—	8.80	7.20	10.80	8.40	12.20	9.30	14.10
Burundi	engl. Pfund	4.20	4.20	5.10	5.—	6.30	6.40	7.20	7.10	8.10	8.10
Elfenbeinküste	US-Dollar	7.80	11.30	9.60	13.60	11.70	16.40	13.20	18.70	15.30	21.60
Gabun	US-Dollar	7.20	7.30	9.—	8.80	10.50	10.70	12.30	12.10	14.10	14.10
Gambia	US-Dollar	6.60	9.90	8.10	12.—	9.60	14.40	10.80	16.30	12.30	18.80
Ghana	engl. Pfund	2.40	4.20	3.30	5.10	3.90	6.—	4.20	6.80	5.10	7.90
Guinea	US-Dollar	13.50	10.—	16.20	12.—	19.50	14.50	22.20	16.50	25.50	19.—
Kamerun	US-Dollar	7.20	7.30	9.—	8.80	10.50	10.70	12.30	12.10	14.10	14.10
Kenya	engl. Pfund	5.70	4.20	7.20	5.10	8.40	6.10	9.60	7.10	11.10	8.—
Liberia	US-Dollar	10.20	14.60	12.30	17.60	15.—	21.20	16.80	24.20	19.50	27.80
Libyen	US-Dollar	10.80	9.70	13.20	11.70	15.90	14.10	18.30	16.—	20.70	18.40
Malawi	engl. Pfund	4.20	5.20	5.10	6.30	6.30	7.40	7.20	8.50	8.10	9.80
Mali	US-Dollar	7.20	11.—	9.—	13.20	10.50	16.—	12.30	18.20	14.10	20.90
Marokko	US-Dollar	9.90	6.50	12.—	7.50	14.10	9.10	15.90	10.60	18.60	12.—
Mauretanien	US-Dollar	7.20	11.—	9.—	13.20	10.50	16.—	12.30	18.20	14.10	20.90
Mocambique (portug. Ostafrika)	US-Dollar	6.60	6.70	7.80	8.—	9.60	9.60	10.80	10.90	12.60	12.50
Niger	US-Dollar	7.20	7.30	9.—	8.80	10.50	10.70	12.30	12.10	14.10	14.10

Land	Währung	Gebührensstufe									
		1		2		3		4		5	
		Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr
Nigeria	engl. Pfund	2-70	5-—	3-60	6-—	4-20	7-20	5-10	8-30	5-70	9-40
Obervolta	US-Dollar	7-20	7-30	9-—	8-80	10-50	10-70	12-30	12-10	14-10	14-10
Rwanda	engl. Pfund	4-20	5-20	5-10	6-30	6-30	7-40	7-20	8-50	8-10	9-80
Sambia	US-Dollar	12-30	12-10	14-40	14-30	17-70	17-60	19-80	19-80	23-10	23-10
Senegal	US-Dollar	7-20	11-—	9-—	13-20	10-50	16-—	12-30	18-20	14-10	20-90
Somalia	engl. Pfund	2-40	2-50	3-30	3-10	3-90	3-70	4-20	4-10	5-10	4-70
Südafrika	südafr. Rand	4-80	4-80	6-—	5-80	7-20	7-—	8-10	8-—	9-30	9-20
Sudan	US-Dollar	6-60	11-—	7-80	13-20	9-60	16-—	10-80	18-20	12-60	20-90
Tanzania	engl. Pfund	5-70	4-20	7-20	5-10	8-40	6-10	9-60	7-10	11-10	8-—
Tschad	engl. Pfund	5-70	4-20	7-20	5-10	8-40	6-10	9-60	7-10	11-10	8-—
Tunesien	US-Dollar	8-40	6-90	9-90	8-30	12-—	10-—	13-80	11-40	15-90	13-20
Uganda	engl. Pfund	5-70	4-20	7-20	5-10	8-40	6-10	9-60	7-10	11-10	8-—
Zaire	engl. Pfund	5-70	4-20	7-20	5-10	8-40	6-10	9-60	7-10	11-10	8-—
Zentralafrikanische Republik	engl. Pfund	5-70	4-20	7-20	5-10	8-40	6-10	9-60	7-10	11-10	8-—
III. Amerika											
Argentinien	US-Dollar	7-50	7-60	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
Bolivien	US-Dollar	7-50	7-60	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
Brasilien	US-Dollar	9-—	9-—	10-50	10-60	12-90	12-90	14-40	14-50	16-80	16-80
Chile	US-Dollar	7-50	7-60	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
Costa Rica	US-Dollar	11-10	11-20	13-50	13-50	16-80	16-80	18-60	18-50	20-40	20-50
Dominik. Republik	US-Dollar	12-—	11-90	14-40	14-50	17-40	17-50	19-80	19-80	22-80	22-80
Ecuador	US-Dollar	7-50	7-60	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
El Salvador	US-Dollar	11-10	9-20	13-50	11-—	16-80	13-30	18-60	15-20	20-40	17-40
Guatemala	US-Dollar	11-10	11-20	13-50	13-50	16-80	16-80	18-60	18-50	20-40	20-50
Guayana	US-Dollar	9-—	9-—	10-50	10-60	12-90	12-90	14-40	14-50	16-80	16-80
Haiti	US-Dollar	9-90	9-90	12-—	11-90	13-80	13-90	16-20	16-20	18-90	18-80
Honduras	US-Dollar	11-10	7-40	13-50	8-80	16-80	11-—	18-60	12-10	20-40	13-20
Jamaika	US-Dollar	10-80	10-90	12-90	12-90	15-30	15-20	17-70	17-80	20-40	20-50
Kanada	US-Dollar	11-10	8-50	13-50	10-20	16-80	12-70	18-60	13-80	20-40	15-30
Kolumbien	US-Dollar	7-50	7-60	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
Kuba	US-Dollar	13-50	9-90	16-20	12-—	19-50	14-—	22-50	16-20	25-80	18-80

Land	Währung	Gebührenstufe									
		1		2		3		4		5	
		Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr
Mexiko	US-Dollar	12—	10-20	14-10	12-30	17-10	14-90	19-50	16-90	22-20	19-50
Nikaragua	US-Dollar	9-90	9-90	12—	11-90	13-80	13-90	16-20	16-20	18-90	18-80
Panama	US-Dollar	9-90	9-90	12—	11-90	13-80	13-90	16-20	16-20	18-90	18-80
Paraguay	US-Dollar	7-50	7-50	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
Peru	US-Dollar	7-50	7-50	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
Uruguay	US-Dollar	7-50	7-50	9-30	9-20	11-10	11-20	12-60	12-50	14-40	14-50
USA (ohne New York)	US-Dollar	12-30	11-20	14-40	13-30	17-70	16-10	20-10	18-40	23-10	21-20
New York	US-Dollar	13-20	12-40	15-90	15—	19-20	18—	21-90	20-50	25-20	23-80
Venezuela	US-Dollar	12-60	12-50	15—	15—	18-30	18-20	20-40	20-50	23-70	23-80
Westind. Föderation (Barbados, Trini- dad, Tobago)	US-Dollar	12-30	11-20	14-40	13-30	17-70	16-10	20-10	18-40	23-10	21-20
IV. Asien											
Afghanistan	US-Dollar	5-10	5-10	6-30	6-30	7-50	7-60	8-70	8-60	9-90	9-90
Burma	US-Dollar	10-50	10-60	12-60	12-50	15-30	15-20	17-10	17-20	19-80	19-80
Ceylon	US-Dollar	5-70	5-60	6-90	6-90	8-40	8-30	9-60	9-60	10-80	10-90
China (Volksrepublik)	US-Dollar	10-20	5-10	12-30	6-10	15-30	7-60	16-50	8-30	18-60	9-40
Formosa (Nationalrepublik China) ...	US-Dollar	10-80	5-50	13-20	6-50	16-20	8-10	17-10	8-60	18-90	9-50
Hongkong	US-Dollar	9—	11—	10-50	13-20	12-90	16—	14-40	18-20	16-80	20-90
Indien	US-Dollar	7-20	8-70	9—	10-50	10-50	12-50	12-30	14-50	14-10	16-60
Indonesien	US-Dollar	9-90	11-90	12—	14-30	14-40	17-70	16-50	18-70	19-20	20-60
Irak	US-Dollar	6-60	9-60	7-80	11-60	9-60	14—	10-80	15-70	12-60	18-20
Iran	US-Dollar	8-40	10-30	9-60	12-30	12—	14-90	13-20	16-90	15-60	19-50
Israel	US-Dollar	8-70	10-60	10-50	12-50	12-60	15-20	14-40	17-30	16-50	19-90
Japan	US-Dollar	10-80	9-70	12-90	11-70	15-90	13-80	17-70	15-80	20-40	18-40
Jemen	US-Dollar	6-60	13-30	7-80	16—	9-60	19-40	10-80	21-80	12-90	25-40
Jordanien	US-Dollar	6—	8-80	6-90	10-60	8-70	12-80	9-60	14-50	11-10	16-70
Kambodscha	US-Dollar	10-80	10-90	13-20	13-20	15-90	15-80	18-30	18-20	20-70	20-80
Republik Korea	US-Dollar	11-70	11-30	13-80	13-60	16-50	16-40	18-90	18-70	21-90	21-60
Laos	US-Dollar	10-80	10-90	13-20	13-20	15-90	15-80	18-30	18-20	20-70	20-80
Libanon	US-Dollar	6—	8-80	6-90	10-60	8-70	12-80	9-60	14-50	11-10	16-70
Malaysia	US-Dollar	7-80	10-60	9-30	12-70	11-40	15-20	12-90	17-30	14-70	20—

Land	Währung	Gebührensufe									
		1		2		3		4		5	
		Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr	Tages- gebühr	Nächti- gungs- gebühr
Mongolische Volksrepublik	US-Dollar	10-50	10-60	12-60	12-50	15-30	15-20	17-10	17-20	19-80	19-80
Pakistan	US-Dollar	7-50	8-70	9-30	10-50	11-10	12-50	12-90	14-50	15-—	16-60
Philippinen	US-Dollar	9-—	9-90	10-50	11-90	12-90	14-40	14-40	16-40	16-80	19-10
Saudi Arabien (Ansätze gelten auch für Bahrein-Inseln, El Katar, Ku- weit, Maskat und Oman)	US-Dollar	6-60	13-30	7-80	16-—	9-60	19-40	10-80	21-80	12-60	25-40
Singapur	US-Dollar	7-80	10-60	9-30	12-70	11-40	15-20	12-90	17-30	14-70	20-—
Südjemen	US-Dollar	9-90	7-30	12-—	8-70	14-40	10-70	16-50	12-10	19-20	14-—
Syrien	US-Dollar	5-10	6-20	6-—	7-40	7-20	8-90	8-70	10-20	9-60	11-80
Thailand	US-Dollar	9-—	10-50	10-80	12-50	13-80	15-50	14-40	16-40	15-90	18-—
Vietnam	US-Dollar	10-80	10-90	13-20	13-20	15-90	15-80	18-30	18-20	20-70	20-80
V. Australien											
Australien	austr. Dollar	6-—	6-—	7-20	7-20	9-—	9-—	9-60	9-60	10-50	10-50
Neuseeland	neuseel. Dollar	6-—	6-—	7-20	7-20	9-—	9-—	9-60	9-60	10-50	10-50

§ 2. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

(2) Die Verordnung der Bundesregierung vom 6. Juli 1971, BGBl. Nr. 257, in der Fassung der Verordnung vom 30. Juni 1972, BGBl. Nr. 206, tritt mit 30. April 1973 außer Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Weihls		Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Kirchschläger	Moser
Firnberg		Leodolter	

199. Verordnung der Bundesregierung vom 26. April 1973, mit der die Wochendienstzeit der Beamten des rechtskundigen Dienstes bei den Bundespolizeibehörden und des Dienstzweiges höherer Dienst in Justizanstalten verlängert wird

Auf Grund des § 28 Abs. 5 der Dienstpragmatik, RGBL. Nr. 15/1914, in der Fassung der Dienstpragmatik-Novelle 1972, BGBl. Nr. 213, wird verordnet:

§ 1. Die Wochendienstzeit der Beamten des rechtskundigen Dienstes bei den Bundespolizeibehörden und des Dienstzweiges höherer Dienst in Justizanstalten, soweit sie im Vollzugsdienst stehen, umfaßt 43 Stunden.

§ 2. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

(2) Die Verordnung der Bundesregierung vom 20. November 1972, BGBl. Nr. 428, mit der die Wochendienstzeit der Wachbeamten verlängert wird, tritt mit Ablauf des 30. April 1973 außer Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Weihls		Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Kirchschläger	Moser
Firnberg		Leodolter	

200. Verordnung der Bundesregierung vom 26. April 1973, mit der die Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung neuerlich geändert wird

Auf Grund des § 78 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950, BGBl. Nr. 172, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 45/1968 wird verordnet:

Artikel I

Die Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1968, BGBl. Nr. 53, in der Fassung der Verordnung der Bundesregierung BGBl. Nr. 3/1972 wird wie folgt geändert:

Die Tarifpost 19 erhält folgende Fassung:

- | | |
|---|-----------|
| „19. Erteilung | Schilling |
| a) einer Meldeauskunft (§ 12 Meldegesetz 1972, BGBl. Nr. 30/1973) . . | 6'— |
| b) einer Meldebestätigung (§ 13 Meldegesetz 1972, BGBl. Nr. 30/1973). | 12'—“ |

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1973 in Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Weihls		Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Kirchschläger	Moser
Firnberg		Leodolter	

201.

Auszug aus dem Ratsprotokoll EFTA/CJC.SR 11/73 der 11. Gemeinsamen Sitzung vom 21. März 1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation und des Gemeinsamen Rates

(Übersetzung)

10. Having concluded its discussion the Council, with reference to its Decision No. 1 of 1973 introducing the new origin rules in EFTA and bearing in mind the provisions of paragraph 3 of Article 4 of the Convention, reached the understanding recorded in paragraphs 11—12 below.

10. Nach Abschluß der Diskussionen sowie mit Beziehung auf den Beschluß Nr. 1/1973¹⁾, mit dem neue Ursprungsregeln in der EFTA eingeführt wurden, und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 3 des Übereinkommens erzielte der Rat die in den Absätzen 11 und 12 festgehaltene Vereinbarung.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 1/1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 141/1973 verlautbart

11. During a transitional period expiring on 15th May 1973 each Member State shall accept as eligible for Area tariff treatment goods which were eligible for that treatment in accordance with Article 4 and Annex B as they stood before 1st April 1973 but which are not originating in the sense of Part I of Annex B, provided that those goods are intended for consumption in a Member State and that trade in such goods did in fact take place before 1st April 1973. Consignments of such goods shall be supported by an EFTA Certificate, Form 3.

12. Any problem arising from the difference between the origin rules contained in Part I of Annex B and the origin rules which were in force before 1st April 1973 may be referred to the Customs Committee. The Customs Committee shall examine any such problem and shall endeavour to find a solution. If necessary the Customs Committee shall make an appropriate recommendation to the Council.

13. With reference to its Decision No. 1 of 1973 the Joint Council endorsed the understanding reached by the Council as recorded above, to be applied also in relations between Finland and the Member States.

11. Während einer am 15. Mai 1973 endenden Übergangsperiode gewährt jeder Mitgliedstaat die Zollbehandlung der Zone jenen Waren, denen diese Behandlung gemäß dem vor dem 1. April 1973 in Geltung gestandenen Artikel 4 und Anhang B zukam, die jedoch nicht Ursprungserzeugnisse im Sinne des Teils I des Anhangs B sind. Voraussetzung hierfür ist, daß diese Waren zum Verbrauch in einem Mitgliedstaat bestimmt sind und ein Warenverkehr mit solchen Waren vor dem 1. April 1973 tatsächlich stattgefunden hat. Sendungen solcher Waren sind durch ein EFTA-Zeugnis, Formular 3, zu belegen.

12. Jedes Problem, das sich aus Abweichungen der im Teil I des Anhangs B enthaltenen Ursprungsregeln von jenen ergibt, die vor dem 1. April 1973 in Kraft standen, kann dem Zollkomitee zugewiesen werden. Das Zollkomitee hat diese Probleme zu prüfen und eine Lösung zu suchen sowie erforderlichenfalls dem Rat eine entsprechende Empfehlung zu unterbreiten.

13. Mit Beziehung auf den Beschluß Nr. 1/1973¹⁾ pflichtete der Gemeinsame Rat der im Rat erzielten Vereinbarung mit der Maßgabe bei, daß diese auch in den Beziehungen zwischen Finnland und den Mitgliedstaaten Anwendung findet.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 1/1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 141/1973 verlautbart

Vorstehendem Protokollauszug liegt das Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (BGBl. Nr. 100/1960 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 182/1973) und das Übereinkommen zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland (BGBl. Nr. 193/1961 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 183/1973) zugrunde.

Kreisky

202. Briefwechsel über die Streichung des Anhanges zum Briefwechsel betreffend die Einzelheiten des Preisgarantieabkommens für Exporte von österreichischem Wein in die Europäischen Gemeinschaften vom 4. November 1970 *)

MISSION DE L'AUTRICHE
AUPRÈS DES
COMMUNAUTÉS EUROPÉENNES

Bruxelles, 10 avril 1973

Monsieur le Directeur Général,

J'ai l'honneur de me référer aux conversations du 18 octobre 1972 entre les représentants de la Direction Générale de l'Agriculture de la Commission des Communautés Européennes et les autorités compétentes autrichiennes, au cours desquelles il a été convenu de supprimer l'annexe

(Übersetzung)

ÖSTERREICHISCHE MISSION BEI DEN
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, am 10. April 1973

Herr Generaldirektor,

Ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen Vertretern der Generaldirektion „Landwirtschaft“ der EG-Kommission und der zuständigen österreichischen Behörden am 18. Oktober 1972 Bezug zu nehmen, bei denen Einvernehmen darüber erzielt wurde, den Anhang zum Briefwechsel

*) Kundgemacht unter BGBl. Nr. 157/1971

aux lettres échangées en date du 4 novembre 1970 entre la Mission d'Autriche auprès des Communautés Européennes et la Direction Générale de l'Agriculture de la Commission des Communautés Européennes, qui se lit comme suit:

« Annexe

Il est entendu que les vins coupés avec des vins importés ne sont pas couverts par la présente garantie: c'est-à-dire qu'ils ne seront pas exonérés d'une taxe compensatoire éventuelle.

Par conséquent, tous les vins exportés de la République d'Autriche vers la Communauté non accompagnés d'un certificat d'exportation, seront traités comme vins coupés. »

J'ai l'honneur de vous signifier l'accord du Gouvernement fédéral autrichien pour que cette suppression entre en vigueur le 1 mai 1973. Je vous prie de bien vouloir me confirmer, pour votre part, l'accord de la Commission des Communautés Européennes pour la suppression de ladite annexe. Cette suppression signifie que les produits énumérés au point I des lettres précitées ne peuvent être importés dans la Communauté que s'ils sont accompagnés d'un certificat d'exportation délivré par une chambre de commerce autrichienne.

Veuillez agréer, Monsieur le Directeur Général, l'assurance de mes sentiments distingués.

Pour le Gouvernement Fédéral d'Autriche:

S. Hausberger m. p.
Chargé d'Affaires a. i.

Monsieur Adolfo PIZZUTI
Directeur Général adj.
Direction Générale de l'Agriculture
Commission des Communautés
Européennes
Bruxelles

COMMISSION
DES
COMMUNAUTÉS EUROPEENNES
Direction générale de l'agriculture

Bruxelles, le 10 avril 1973

Monsieur le Chargé d'Affaires,

J'ai l'honneur d'accuser réception par la présente de votre lettre de ce jour libellée comme suit:

J'ai l'honneur de me référer aux conversations du 18 octobre 1972 entre les représentants de la Direction Générale de l'Agriculture de la Commission des Communautés Européennes et les

zwischen der Österreichischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften und der Generaldirektion „Landwirtschaft“ der EG-Kommission vom 4. November 1970 *) zu streichen, welcher wie folgt lautet:

„Anhang

Es besteht Einverständnis darüber, daß Weine, die mit eingeführten Weinen verschnitten sind, nicht unter diese Garantie fallen, d. h. von einer etwaigen Ausgleichsabgabe nicht befreit werden.

Folglich werden alle aus der Republik Österreich nach der Gemeinschaft ausgeführten Weine, denen keine Ausfuhrbescheinigung beiliegt, als verschnittene Weine behandelt.“

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis der österreichischen Bundesregierung mitzuteilen, daß diese Streichung am 1. Mai 1973 in Kraft tritt. Ich bitte Sie, mir Ihrerseits das Einverständnis der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Streichung des genannten Anhangs bestätigen zu wollen. Diese Streichung bedeutet, daß die unter I des oberwähnten Briefwechsels angeführten Erzeugnisse nur dann in die Gemeinschaft eingeführt werden können, wenn ihnen eine von einer österreichischen Handelskammer ausgestellte Ausfuhrbescheinigung beiliegt.

Genehmigen Sie, Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Für die Österreichische Bundesregierung:

S. Hausberger m. p.
Geschäftsträger a. i.

Herrn Generaldirektor-Stellvertreter
Adolfo PIZZUTI
Generaldirektion Landwirtschaft
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Brüssel

(Übersetzung)

KOMMISSION DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Generaldirektion Landwirtschaft

Brüssel, am 10. April 1973

Herr Geschäftsträger,

Ich beehre mich, hiemit den Erhalt Ihrer Note vom gleichen Tag folgenden Inhalts zu bestätigen:

„Ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen Vertretern der Generaldirektion „Landwirtschaft“ der EG-Kommission und der zuständigen österreichischen Behörden am 18. Oktober 1972 Bezug

*) Kundgemacht unter BGBl. Nr. 157/1971

autorités compétentes autrichiennes, au cours desquelles il a été convenu de supprimer l'annexe aux lettres échangées en date du 4 novembre 1970 entre la Mission d'Autriche auprès des Communautés Européennes et la Direction Générale de l'Agriculture de la Commission des Communautés Européennes, qui se lit comme suit:

« Annexe

Il est entendu que les vins coupés avec des vins importés ne sont pas couverts par la présente garantie: c'est-à-dire qu'ils ne seront pas exonérés d'une taxe compensatoire éventuelle.

Par conséquent, tous les vins exportés de la République d'Autriche vers la Communauté non accompagnés d'un certificat d'exportation, seront traités comme vins coupés. »

J'ai l'honneur de vous signifier l'accord du Gouvernement fédéral autrichien pour que cette suppression entre en vigueur le 1 mai 1973. Je vous prie de bien vouloir me confirmer, pour votre part, l'accord de la Commission des Communautés Européennes pour la suppression de ladite annexe. Cette suppression signifie que les produits énumérés au point I des lettres précitées ne peuvent être importés dans la Communauté que s'ils sont accompagnés d'un certificat d'exportation délivré par une chambre de commerce autrichienne.

J'ai l'honneur de vous signifier à cet égard l'accord de la Commission des Communautés Européennes.

Veuillez agréer, Monsieur le Chargé d'Affaires, l'assurance de ma haute considération.

A. Pizzuti m. p.

Monsieur le Ministre-Conseiller
Simon HAUSBERGER
Chargé d'Affaires a. i.
de la Mission d'Autriche auprès
des Communautés Européennes
Bruxelles

zu nehmen, bei denen Einvernehmen darüber erzielt wurde, den Anhang zum Briefwechsel zwischen der Österreichischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften und der Generaldirektion „Landwirtschaft“ der EG-Kommission vom 4. November 1970 zu streichen, welcher wie folgt lautet:

„Anhang

Es besteht Einverständnis darüber, daß Weine, die mit eingeführten Weinen verschnitten sind, nicht unter diese Garantie fallen, d. h. von einer etwaigen Ausgleichsabgabe nicht befreit werden. Folglich werden alle aus der Republik Österreich nach der Gemeinschaft ausgeführten Weine, denen keine Ausfuhrbescheinigung beiliegt, als verschnittene Weine behandelt.“

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis der österreichischen Bundesregierung mitzuteilen, daß diese Streichung am 1. Mai 1973 in Kraft tritt. Ich bitte Sie, mir Ihrerseits das Einverständnis der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Streichung des genannten Anhangs bestätigen zu wollen. Diese Streichung bedeutet, daß die unter I des oberwähnten Briefwechsels angeführten Erzeugnisse nur dann in die Gemeinschaft eingeführt werden können, wenn ihnen eine von einer österreichischen Handelskammer ausgestellte Ausfuhrbescheinigung beiliegt.

Ich beehre mich, Ihnen hiezu das Einverständnis der Kommission der Europäischen Gemeinschaften mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

A. Pizzuti m. p.

Herrn Ministerialrat
Simon HAUSBERGER
Geschäftsträger a. i.
der Österreichischen Mission bei den
Europäischen Gemeinschaften
Brüssel

Kreisky